

04.12.2016: Kaum eine Nachrichtensendung kommt derzeit aus ohne Berichte über die Internetattacken auf bestimmte Routertypen der Telekom. Auch ich war betroffen und habe dann, ohne Kenntnis der tatsächlichen aus der beruflichen Erfahrung heraus, daß Elektronik dazu neigt, in undefinierte Zustände zu gehen, den Stecker gezogen und nach einer Minute wieder gesteckt. Unter technischen Aspekten will ich gar nicht in die Diskussion einsteigen, nach einigen Jahren Ruhestand bin ich bei vielem auch nur noch Nutzer ohne intime Kenntnis des „Innenlebens“.

Das Ganze hat aber auch eine politische Seite. Nicht nur daß Leute wie dieser selbsternannte Gewerkschafter Wendt bezüglich Hackern von Terroristen sprechen um wahrscheinlich wieder ebenso schärfere wie nutzlose Gesetze und mehr Personal zu fordern, nein, es wird völlig ausgeblendet, dass stabile Telefoniestrukturen aufgegeben werden zugunsten von internetbasierten Systemen. Diese eröffnen natürlich fast täglich neue Möglichkeiten, bieten aber z.B. bei einem großflächigen Stromausfall nicht mal mehr die Möglichkeit, für einen Schlaganfallpatienten einen Rettungswagen zu rufen. Dazu schrieb ich einen Leserbrief an NETZPOLITIK.ORG.

„Wenn Medien schreiben, Internet, Fernsehen und Telefon seien tot gewesen, dann stimmt das nur teilweise. Wer sich bis dato weigerte, seinen Telefonanschluß auf Voice over IP umstellen zu lassen, so wie ich, konnte weiter telefonieren, ggf. auch faxen, auf jeden Fall Notrufe absetzen, da sein Anschluss nicht über den Router läuft. Man kann dann auch noch telefonieren, wenn - wie bei uns vor 2 Jahren geschehen - großflächig der Strom ausfällt und mangels Notstromversorgung auch die Sendemasten der Mobilfunkbetreiber tot sind. Die Telekom hat ein ökonomisches Interesse daran, dass die "alten" Systeme EWSD und S12 (das war mein Arbeitsbereich vor meinem Ruhestand) abgeschaltet werden können. Deshalb verweigert sie mir auch die technisch mögliche höhere Übertragungsrate für meinen Internetzugang (als Rentner habe ich noch einen etwas günstigeren Mitarbeiteranschluss), solange ich nicht auf VoIP umstelle.

Nirgends wurde m.W. diskutiert, scheinbar schon gar nicht in der Politik, dass aus rein ökonomischen Interesse Systeme, betrieben mit einer über Jahrzehnte ausgereiften Notfallstromversorgung, abgeschaltet werden zugunsten solcher, die zwar billiger zu betreiben sind, aber in vielfältiger Weise anfälliger. An einiges in dieser Beziehung gewöhnt nach der endgültigen Privatisierung der Telekom, haben mich die "toten" Handys beim Stromausfall in meiner Region dann doch noch etwas überraschen können. Es juckt scheinbar keinen Verantwortlichen mehr, wenn in bestimmten Situationen z.B. kein Notruf mehr möglich ist. Eine Philosophie auch seitens der verantwortlichen Politiker, die der guten alten staatlichen Deutschen

Bundespost fremd war.

Es wäre sicher nicht verkehrt gewesen, hier parallele Infrastrukturen, gerade wegen der Anfälligkeit der IP-gestützten zu erhalten. Die private Konkurrenz von Anbietern aber, die die Infrastruktur nur in soweit interessiert, als daß sie diese zu von der Bundesnetzagentur festgelegten Preisen möglichst unter Selbstkosten des Betreibers mieten können, lässt eine Priorität der Versorgungssicherheit nicht zu. Privatisierung und Profitstreben wurden und werden auch hier zum Sicherheitsrisiko.“

Volker Metzroth